

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land

Ämtliches  
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, im Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellenaussuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die gespaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für dieselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Gott und Vaterland

Nr. 99

Stolp, Freitag, den 29. April 1927

51. Jahrgang

## Berliner Polizei und Stahlhelmtag.

„Alle Maßnahmen für einen ungestörten Verlauf getroffen.“  
Berlin, 28. April. Im Polizeipräsidium fand heute unter dem Vorsitz des Polizeipräsidenten eine Besprechung aller in Frage kommenden Dienststellen über die für den 7. und 8. Mai zu treffenden Maßnahmen statt. Darnach habe die Polizei bis ins kleinste hinein alle Vorbereitungen getroffen, um einen ruhigen und ungestörten Verlauf des Stahlhelmtages sicherzustellen. Für die Durchführung aller an diesem Tage gestellten Aufgaben stehe eine ausreichende Anzahl von Polizeibeamteten zur Verfügung. Für besondere nicht vorberufende Fälle würden starke Reserven bereitgestellt.

## Die Wirren in China.

Ein Aufruf Tschangkaifschs.

London, 28. April. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Schanghai hat die Regierung Tschangkaifschs in Nanjing einen Aufruf veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß der kritische Gesandte in Peking Pläne für die militärische Besetzung großer chinesischer Gebiete in Schanghai und Nanjing für den Fall der Ablehnung der Forderungen der fünf Mächte wegen des Nanking Zwischenfalles vorbereite. Tschangkaifsch leitet in seinem Aufruf die Aufmerksamkeit vor allem auf das Bombardement von Wauhsien im vergangenen Jahr, bei dem zahlreiche Chinesen ums Leben kamen. Er fordert die Chinesen auf, nicht nur die Militärs, sondern auch die ausländischen Imperialisten, von denen die britischen die schlimmsten seien, zu bekämpfen.

Der Aufruf Tschangkaifschs hat die Entsendung zweier weiterer Regimenter nach Schanghai zur Folge gehabt, da man sich auf größere Unruhen vor, die man für den 1. Mai erwartet.

Nach französischen Meldungen aus Schanghai haben die Verhandlungen über den Übergang Santschuanfungs zu den Kwantungtruppen zu keinem Ergebnis geführt, sodaß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten erwartet wird.

Die beschlagnahmten russischen Dokumente vom Foreign Office sorgfältig geprüft. Nächste Woche werden zwei Parlamentarier an Chamberlain die Anfrage richten, ob es möglich sei, Übersetzungen davon zur Information des Unterhauses und des Landes zu verbreiten. Es wird geglaubt, daß die Dokumente eine Reihe sorgfältig vorbereiteter unfreundlicher Handlungen Moskaus gegen die britische Regierung enthalten. Diese Veröffentlichung würde daher die Forderungen nach einer britischen Aktion gegen die Union der Sowjetrepubliken verstärken.

Ein Peking-Korrespondent der „Morningpost“ meldet vom 27. April: Die Gesandten der Protokollmächte haben heute die Polizeidirektion besucht und die Dokumente und Waffen geprüft, die bei der Durchsuchung der russischen Gebäude beschlagnahmt wurden. Die Dokumente sind unter der Leitung des amerikanischen stellvertretenden Militärattachés, des im Namen der Attaches Englands, Frankreichs und Japans handelt, geordnet und übersetzt worden. 40 bis 50 der wichtigsten Dokumente werden photographiert und demnächst der Presse übergeben werden.

Neunzehn Kommunisten hingerichtet.  
London, 28. April. Der Kommunistenführer Litatschad sowie weitere 17 Personen, die bei der Hausdurchsuchung in den Gebäuden der Sowjetgesandtschaft festgenommen worden waren, wurden im Hauptpolizeigebäude erhängt. Man glaubte, sie würden durch einen besonderen, zu diesem Zwecke eingefetzten Gerichtshof abgeurteilt werden. Offenbar hat sich aber die Polizei von ihrer Schuld überzeugt, nachdem das Gericht selbst die Untersuchung geleitet hatte, und hat die Hinrichtung befohlen.

## Der Albanien-Konflikt.

Ein englisch-italienischer Geheimvertrag?

Berlin, 28. April. Nach Londoner Meldungen hat die italienische Regierung in London erklären lassen, daß eine Revision des Tirana-Paktes für Italien indiskutabel sei und bleibe. In Berliner diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß damit die wiederholt unternommenen Versuche Englands, den Albanien-Konflikt durch Ausübung eines Druckes auf Italien beizulegen, so gut wie gescheitert sind. Wenn man sich des sehr energiegelassen Charakters der ersten englischen Demarche in Rom erinnert, so kommt diese Meldung einigermaßen überraschend, um so mehr, als es zunächst den Anschein hatte, als ob Italien sich tatsächlich durch den englischen Druck habe einschüchtern lassen. Die neue plötzliche Versteifung der Haltung Italiens und das gleichzeitige Nachlassen des englischen Druckes würden allerdings eine Erklärung finden, wenn

eine in hiesigen diplomatischen Kreisen mit großer Bestimmtheit vertretene Information zutreffen sollte, wonach die englische Politik sich gegenüber Italien die Hände viel fester gebunden habe, als man bisher in den Kreisen der internationalen Diplomatie angenommen hatte. Wie verlautet, soll diese Bindung, die schon längere Zeit zurückliege, sogar den Charakter eines Geheimvertrages haben. Nachdem die italienische Regierung sich von der ersten Verstärkung über die unfreundliche Haltung Englands erholt hat, dürfte sie sich jenes Vertrages erinnern und ihn als Gegengewicht gegen London benutzen.

Diese nicht uninteressante Auffassung Berliner diplomatischer Kreise erhält jetzt auch durch eine Pariser Meldung ihre Bestätigung, wonach die französische Regierung davon Kenntnis erhalten habe, daß die Begegnung, die im vergangenen Jahre in Livorno zwischen Mussolini und Chamberlain stattgefunden hat, sich keineswegs auf einen mündlichen Meinusaustausch beschränkte, sondern daß schon damals das englisch-italienische Einverständnis in der Form eines schriftlichen Geheimabkommens festgelegt worden sei. Dieser Vertrag, dessen Bedeutung für die künftige Gestaltung der internationalen Beziehungen kaum überschätzt werden kann, enthalte nicht nur die schriftliche Bestätigung früherer zwischen Italien und England getroffener Abmachungen, so u. a. über Abyssinien, über ein Zusammenarbeiten im nahen Orient und eine ausdrückliche Anerkennung der italienischen Aspirationen auf dem Balkan, sondern der Vertrag soll auch ein regelrechtes Mittelmeer-Abkommen enthalten, ähnlich dem, wie es England vor dem Kriege mit Frankreich abgeschlossen hatte und in welchem den Flotten beider Länder im Falle eines bewaffneten Konfliktes ihre Rollen festgelegt sein sollen. Es erscheint durchaus glaubhaft, wenn in der erwähnten Pariser Meldung erklärt wird, daß die Existenz dieses bisher völlig unbekannt gebliebenen Abkommens auch für die gesamte Richtung der französischen Außenpolitik kaum ohne Konsequenzen bleiben dürfte.

Der jugoslawische Außenminister für offene Aussprache.  
Paris, 28. April. Der Balkan-Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ hatte in Belgrad eine Unterredung mit dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch über die italienisch-jugoslawische Frage. Marinkowitsch erklärte: Ich bin überzeugt, daß eine offene Aussprache zwischen Belgrad und Rom für beide Länder eine wirklich dauerhafte Entspannung bringen würde. Mit gutem Willen auf beiden Seiten würde das nicht allzu schwierig sein. Auf keinen Fall aber kam der gegenwärtige Zustand andauern. Man muß die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen praktisch lösen, ohne die Elemente der Eigenliebe und des Prestiges zu berücksichtigen. Offen gesagt, sehe ich nicht recht ein, welche greifbaren und praktischen Ziele Rom in Albanien verfolgt. Der Völkerbund ist in Südslavien sehr populär, aber gerade weil wir ihm Bewunderung zollen, würden wir ihm wieder diese schwierige Aufgabe ersparen.

Ein Freundschaftsvertrag mit Deutschland.  
Belgrad, 28. April. Außenminister Marinkowitsch schreibt in der „Prawda“, das jugoslawische Volk wünsche den Abschluß eines Freundschafts- und Schiedsvertrages mit Deutschland. Es bestehe die Hoffnung, daß die südslavische Regierung einen Schritt in dieser Richtung werde unternehmen können.

Einmischung Polens in die Balkanpolitik.  
Warschau, 27. April. Heute fand in Warschau eine Konferenz der polnischen Gesandten in Bukarest, Belgrad und Sofia mit dem Außenminister Zaleski statt, in der Richtlinien für eine vollständige Neuorientierung der polnischen Politik auf dem Balkan aufgestellt worden sind. Wie berichtet wird, hat die polnische Politik die Gründung eines Blocks zwischen Polen und dem Balkan zum Ziel. Sofort nach der Konferenz im Außenministerium verließen die drei Gesandten Warschau und begaben sich in die Länder ihrer Amstätigkeit. Dieser politische Schritt dürfte die polnisch-tschechischen Beziehungen bedeutend trüben (was auch wohl in Warschau beabsichtigt ist), da man in Prag als Folgewirkung eine Schwächung des Einflusses der Kleinen Entente befürchtet.

## Herr Briand ist gerührt.

Paris, 28. April. Anlässlich seines 57jährigen Parlamentarier-Jubiläums hat Briand zahlreiche Glückwunschkarte von politischen Persönlichkeiten, diplomatischen Vertretern usw. erhalten. Von Dr. Stresemann ging ihm folgendes Telegramm zu:

„Sehr geehrter Herr Briand! In diesen Tagen, wo es Ihnen vergönnt ist, einen Rückblick auf ein 57jähriges, an Ehren reiches politisches Leben zu werfen, übermittele ich Ihnen meine aufrichtigsten Glückwünsche und spreche die Hoffnung aus, daß es Ihnen noch während langer glücklicher Jahre vergönnt sein möge, Ihre fruchtbare Tätigkeit fortzusetzen.“

Briand antwortete an Stresemann:  
„Sehr gerührt über Ihre Glückwünsche, danke ich Ihnen aufrichtig. Indem ich den Weg überblicke, den ich während

25jähriger politischer Tätigkeit zurückgelegt habe, rechne ich unter die glücklichsten die beiden Jahre, wo wir im Interesse unserer beiden Länder und des Weltfriedens in vollem Uebereinstimmen dasselbe Ziel erstrebt haben.“

## Vor dem Urteil im Wikingprozeß.

Die Waidoyers.

Der Wiking-Olympia-Prozeß dürfte am heutigen Freitag zu Ende gehen. Am Donnerstag hat wegen Behinderung eines Beisitzers keine Sitzung stattgefunden. Am Schluß der Mittwochsitzung waren nur erst die Vertreter der preussischen Regierung mit ihren Waidoyers zu Worte gekommen, die sich sehr lange hingen. Ministerialrat Schönner erklärte, daß das Verbot der beiden Bünde durch das preussische Innenministerium sich auf Paragraph 14 des Republikstrafgesetzes stütze. Es genüge der Beweis, daß der Bund „Wiking“ bezw. der Verein „Olympia“ geheime oder staatsfeindliche Verbindungen waren. Ministerialrat Schönner erläuterte den Begriff des Geheimbundes folgendermaßen: Eine Verbindung, in der gegen unbekannt oder bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird und deren Daseinsverfassung oder Zweck den Behörden verheimlicht werde, sei ein Geheimbund, und zwar könne es nach der Rechtsauffassung dem Ministerium dabei nicht auf den Erfolg, sondern auf Absicht an.

Regierungsrat Janich ging auf die rechtlichen Grundlagen des Verbotes ein und bemühte sich besonders, die Staatsgefährlichkeit des Wiking-Bundes nachzuweisen.

Rechtsanwalt Martin Leipzig erörterte zunächst einige formal-juristische Fragen und zog dann eine Parallele zwischen dem italienischen Faschismus und der Ehrhardt-Bewegung.

Ministerialrat Schönner ergriff darauf nochmals das Wort, um sich mit dem Fall „Olympia“ zu beschäftigen. Er betonte, daß nach Ansicht des Ministeriums dieser Verein überhaupt nicht mehr existiere und daß auch seine Beschwerde unzulässig sei, weil das Verbot sich nicht nur auf das Republikstrafgesetz, sondern auch auf das Reichsgesetz vom 22. März 1921 stütze, gegen das es kein Rechtsmittel gebe. In dem Zusammenhang der Bünde „Olympia“, „Wiking“ zum „Reichsbund Berlin“, in dem Wassenbesitz des Vereins „Olympia“ im Jahre 1924/25 sowie in dem „Aufmarschplan“ glaubt Preußen den Beweis zu sehen, daß die „Olympia“ als militärischer Verband zu betrachten sei.

Die Erklärungen der Vertreter der beiden Bünde wurden auf Freitag verschoben.

## Die Fremdenlegion gibt nicht frei.

Berlin, 28. April. Wie aus Ladenburg gemeldet wird, geriet im letzten Jahre ein badischer Mittelschüler, kaum 18-jährig, in die Fremdenlegion und hat flehentlich, man möge alles aufbieten zu seiner Entlassung. Alle Bemühungen bei der französischen Regierung scheiterten. Zuletzt versuchten es die Angehörigen noch einmal mit einem nach allen Seiten begründeten Gnadenersuchen an die französische Regierung. Nunmehr haben die Angehörigen von dem deutschen Botschafter in Paris folgendes Schreiben erhalten: „Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß die französische Regierung die Entlassung des Fremdenlegionärs G. Sch. erneut unter dem 12. d. Mts. abgelehnt hat. Ich sehe leider keine Möglichkeit mehr, das angestrebte Ziel der Entlassung des Genannten zu erreichen.“ — Die Haltung der französischen Regierung in diesem Falle ist ebenfalls, wie so viele andere Momente, eine recht bezeichnende Illustration zur angeblichen Versöhnungspolitik.

## Um den evangelischen Bischof.

Die Begründung der Vorlage.

In der Vollversammlung der preussischen Generalsynode stand am Mittwoch eine Reihe von Gesetzentwürfen des Kirchenrats zur ersten Beratung, so die Vorlage betr. die Entsendung der Fachvertreter zur Generalsynode, ferner das Kirchengesetz betr. Amzugskosten der Geistlichen, sowie der Gesetzentwurf betreffend Einführung einer Altersgrenze für die Beamten der allgemeinen kirchlichen Verwaltung und der Entwurf eines Kirchengemeindebeamtengesetzes. Die Vorlagen wurden sämtlich ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Das Gesetzentwurf auch mit der im Mittelpunkt des Interesses stehenden Vorlage betreffend Amtsbezeichnung, die auf

die Einführung des Bischofstitels abzielt. Zur Begründung dieser ziemlich umstrittenen Vorlage führte der Berichterstatter des Kirchenrats, Abg. von Preiser u. a. aus:

Art. 111 der Verfassung bestimmt, daß es bei Aenderung von Amtsbezeichnungen, die durch die Verfassung festgesetzt sind, insbesondere für die Beilegung der Amtsbezeichnung bei den Generalsuperintendenten, eines Kirchengesetzes





**Bekanntmachung.**

Die Büros des Finanzamts, der Finanzkasse und des Reichsbauamts sind während der Sommermonate (1. 4. bis 30. 9.) Mittwoch und Sonnabend nachmittags geschlossen.  
Stolz, den 28. April 1927.  
Finanzamt.

**Öffentliche Vergebung!**

Der Bau der Brücke über die Stolpe bei Kleingansen in Eisenbeton soll in öffentlicher Submission vergeben werden. Angebote sind bis **Sonnabend, den 14. Mai 10 Uhr** vormittags verschlossen einzuweisen. Die Unterlagen sind zum Preise von 10,00 Mark zu erhalten bei dem **Kreisbauamt des Landkreises Stolz.**

**Krieger-Verein 1876 Stolz**

**Schießen**

Sonntag den 1. Mai in der Waldlage Anfang 9 Uhr vorm. Letzte Schussmeldung 11 Uhr vorm. Schuss 10 Pfennige. Kleine Preise werden ausgeschossen.  
Aufsicht I. und IV. Komp  
Der Vorstand.

**Preisherabsetzung!**

Ab Sonnabend den 30. April d. Js. verkaufen wir an unsere ständige Milchfundschaft  
**pa. Tafelbutter**  
zu Mt. 1.75 das Pfund.

**Molkerei Stolz.**



Willst Du eine  
**gute Uhr**  
geh zu  
**Hermann Peine**  
nur Holstentorstrasse 23.

**Damen-Hüte**

werden zum Umpressen und Färben  
angenommen. Die neuesten Formen!

Lieferung in 8 Tagen!

**W. Engler**

Langestr. 50.



KLAPPHUT  
SEIDE

kaufen  
Sie am billigsten  
bei

**Hut-  
Wiedenhöft**

Spezialhaus  
für Hüte und Mützen  
Kirchplatz 9

**Stadtheater**

Telephon 419.

Freitag, den 29. April  
8 Uhr

**Schluss- und  
Abschiedsvorstellung!**  
Bolksvorstellung

**„Tosca“**

Oper von Puccini.  
Preise v. 30 Pfg. bis 1,50 Mt.

**Freibant.**

Sonnabend vorm. 8 Uhr  
Verkauf von Rind- und  
Schweinefleisch.  
Die Schlachthofverwaltung.

Der Metall-  
Befehl  
Mehrfach  
Fortschritt im Markt  
Eisenbeschäftigung  
Suhl: Thür.  
1880-1910

*Die kleidsame  
Russenbluse  
ist grosse Mode!*

Einige Beispiele für die Billigkeit:

**Russenbluse 19-**  
aus Voile mit bunter  
Stickerei

**Russenbluse 28-**  
aus Crepe de chine in  
allen modernen Farben

**Russenbluse 38-**  
aus Veloutine mit reicher  
Kurbelstickerei

**Russenbluse 39-**  
aus Crepe de chine mit  
reich. Bulgarenstickerei



**Gustav Zeeck, Stolz**

Telephon 124, 125, 126.

**Für Kranke und Genesende:**



**Magenleidende**

genießen stets nach den Haupt-  
mahlzeiten ein Gläschen Pep-  
sinwein, denn dieser ist, in-  
folge seines Gehalts an die  
Verdauung fördernden Be-  
standteilen, äußerst magen-  
stärkend und appetitanregend  
Preis: 3/4 Ltr.-Fl. R.-M. 2,70  
3/8 Ltr.-Fl. R.-M. 1,45

**Medizinische Weine, Medizinal- und Stärkungsweine**  
**Leichte, anregende Süßweine**  
**Alkoholfreie Traubensäfte**

empfiehlt

**FRANZ HACKBARTH**

Kirchplatz 12.

Weingroßhandlung.

Fernspr. 405.